

**Antrag**  
nach § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT  
(zu Drs. 17/6060 neu und 17/7030)

Fraktion der FDP

Hannover, den 06.12.2016

**Die Zukunft ist digital - gestalten wir sie! Niedersachsen braucht und kann Zukunftsinvestitionen bei gleichzeitigem Schuldenabbau**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler überweisen dem Land Niedersachsen so viel Geld wie noch nie. Im Jahr 2017 werden die Gesamteinnahmen des Landes mehr als 25 Milliarden Euro betragen, im darauffolgenden Jahr sogar nochmals 1 Milliarde Euro mehr. Das bedeutet, dass das Land im Vergleich von 2018 zu 2012 rund 6 Milliarden Euro p. a. Mehreinnahmen verbuchen kann. Zugleich spart es seit Jahren erhebliche Beträge bei den Zinsausgaben: gegenüber 2012 p. a. über 500 Millionen Euro.

Trotz dieser hervorragenden Rahmenbedingungen verweigert sich die rot-grüne Landesregierung mit ihrem Haushaltsplanentwurf für 2017 und 2018 dem notwendigen Schuldenabbau und den notwendigen Investitionen. Gleichzeitig steigt das strukturelle Defizit in 2017 gegenüber den bisherigen Planungen.

**Niedersachsen braucht eine Kehrtwende in der Haushaltspolitik**

Die rot-grüne Landesregierung verweigert sich einer Aufgabenkritik und einer Verwaltungsmodernisierung. Statt rot-grüner Bürokratie- und Prestigeprojekte - mit Landesbeauftragten, Klimaschutzagenturen, Gutachten und Gleichstellungsbeauftragten - muss das Land klare Prioritäten auf die Zukunftsaufgaben setzen: beste Bildung, Wachstum, Digitalisierung und Schuldenabbau.

**Rot-grüne Haushaltspolitik ist Schuldenpolitik**

Schon im Jahr 2015 und 2016 wäre ein Haushalt ohne neue Schulden in Niedersachsen möglich gewesen. In 2016 hätte das Land sogar erstmals mit dem Schuldenabbau beginnen können. Niedersachsen muss so aufgestellt werden, dass auch bei schlechterer Konjunktur und höherem Zinsniveau ein Haushalt ohne neue Schulden möglich ist. Doch statt auf die Bremse zu treten, beschleunigt die rot-grüne Landesregierung die Ausgabensteigerungen weiter:

- Die Landesregierung erhöht das strukturelle Defizit gegenüber den eigenen Planungen.
- Die Landesregierung bleibt die bereits für 2014 vorgesehene Aufgabenkritik weiterhin schuldig.
- Geld, das auch in der Vergangenheit für den Schuldenabbau nutzbar gewesen wäre, fließt stattdessen in Rücklagen und Neben- oder Schattenhaushalte, um Mehrausgaben in den Wahljahren 2017/2018 zu finanzieren.

Die Politik ist es den Menschen in Niedersachsen schuldig, ehrgeiziger zu sein, wenn es darum geht, ihre hart erarbeiteten Steuergelder so sparsam, nachhaltig und wirksam wie möglich zu verwenden.

Trotz größerer Ausgaben, z. B. durch die Flüchtlingssituation, erteilen wir einer Aufweichung der Schuldenbremse und steigender Belastung für die Bürgerinnen und Bürger durch Steuer- und Ab-

gabenerhöhungen eine klare Absage. Es ist genug Geld vorhanden. Mutige Politik muss jetzt die Prioritäten richtig setzen:

- Rekordsteuereinnahmen und quasi Negativzinsen nutzen, um das strukturelle Defizit deutlich zu senken und Schulden abzubauen.
- Die Ressorts beim Haushaltsvollzug mit einer höheren Globalen Minderausgabe disziplinieren.
- Einsparpotenziale identifizieren und nutzen.
- Die Ausgaben des Landes auf das Niveau der Einnahmen senken und eine eigene Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern, die bereits ab 2017 greift.
- Eine Kehrtwende in der Haushaltspolitik vollziehen und den Haushalt krisenfest machen.

### **Richtige Schwerpunkte setzen, um Niedersachsen zukunftsfähig zu machen**

Der digitale Fortschritt verändert das Privatleben, die Arbeitswelt, die Wirtschaft und auch die Verwaltung des Landes nachhaltig. Damit Niedersachsen die Chancen der Digitalisierung nutzen kann, müssen gezielt Zukunftsimpulse gesetzt werden. Eine unzureichende digitale Infrastruktur blockiert den Fortschritt auf allen Ebenen. Niedersachsen hat hier großen Aufholbedarf - und den will der Landtag beseitigen.

Wesentlich dabei ist die umfassende Digitalisierung der Schulen. W-LAN, Smartboards und moderne Rechner sollten baldmöglichst zur Grundausstattung der Schulen gehören, um die Schülerinnen und Schüler fit für die Zukunft zu machen. Die Schulung der Lehrer im Umgang mit den digitalen Medien ebenso. Um diese große Aufgabe zu bewältigen, sollten Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten. Der Landtag fordert deshalb eine Grundgesetzänderung, um auch Bundesmittel einsetzen zu können. Seitens des Landes sollen für diesen Bereich 15 Millionen Euro jährlich investiert werden.

In den Krankenhäusern bedeutet Digitalisierung vor allem eine Verschlankeung der Verwaltung, eine Verbesserung der Infrastruktur, schnellere Arbeitsabläufe und somit langfristig eine deutliche Kostenreduzierung. Auch die Arbeit der Polizei muss durch eine flächendeckende Ausstattung mit Tablets in den Streifenwagen erleichtert und verbessert werden. Da es auf kommunaler Ebene gute erste Erfahrungen mit der Digitalisierung von Geschäftsprozessen in der Verwaltung gab, soll dies auch auf Landesebene deutlich forciert werden. Voraussetzung dafür ist die Einführung der E-Akte. Ziel ist eine schlankere, bürger- und umweltfreundlichere Verwaltung. Darüber hinaus fordern wir auch eine weitere Digitalisierungsunterstützung der Steuerverwaltung durch eine optimierte IT-Betreuung. Auch in diesen Bereichen hinkt Niedersachsen bislang der Entwicklung hinterher.

### **Schuldenabbau - erstmals in Niedersachsens Geschichte**

Trotz all dieser wichtigen Investitionen muss es gelingen, erstmals in der Geschichte des Landes mit dem Schuldenabbau zu beginnen. Der Landtag schlägt vor, dass Niedersachsen in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt 500 Millionen Euro seiner Schulden abbaut. Es wird Zeit, dass endlich die ersten Schritte gegangen werden, um den großen Schuldenberg abzubauen.

Der Landtag stellt fest, dass Schuldenabbau, mehr Geld für die beste Bildung und mehr Investitionen in Infrastruktur keine Widersprüche sind. Dafür soll Niedersachsen jeden Spielraum im Haushalt nutzen.

Als weitere Maßnahmen soll der Haushaltsplanentwurf 2017 und 2018 wie folgt geändert werden:

- höhere Zuweisung an die Kommunen für Straßensanierungen statt in den ÖPNV,
- Reduktion der zusätzlichen Gebühreneinnahmen beim Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bei gleichzeitigem Personalabbau,
- Verzicht auf Erhöhung der Wasserentnahmegebühr aus der Rücklage,
- flächendeckende Schulsozialarbeit an Gymnasien und Förderschulen,
- weitere Stärkung der Wegweiskurse für Flüchtlinge,

- Billigkeitsleistungen für Wolfsrisse und Zuwendungen für Präventionsmaßnahmen an Nutztierhalter,
- Maßnahmenpaket zur Stärkung der Polizei aufgrund gestiegener Belastungen,
- Aufrüstung LKA; Ausweitung Kapazitäten für DNA-Auswertung,
- Schaffung 20 neuer Stellen beim Verfassungsschutz,
- Schaffung neuer Stellen beim Landesbeauftragten für Datenschutz,
- Investitionen in den Hochwasserschutz,
- Förderung der Gründerkultur an den niedersächsischen Universitäten und Hochschulen,
- Modellprojekt einer einheitlichen Schuldnerberatungs- und Präventionsstelle sowie wissenschaftliche Begleitung des Projekts,
- Angleichung der Vollzugszulage an die Polizeizulage,
- Neustart der Förderrichtlinie „Gründercampus Niedersachsen“,
- Marketing-Kampagne für Tourismus in Niedersachsen („Urlaub in Niedersachsen“),
- Sanierungsprogramm Amtsgerichte,
- Innovationsförderung Luft- und Raumfahrt,
- Landeskampagne für Standort- und Auslandsmarketing,
- Innovationsgutscheine Handwerk,
- mehr Investitionen in den Innovativen Schiffsbau,
- Rücknahme der Kürzungen bei der Landwirtschaftskammer,
- Verwaltungsmodernisierung Phase IV (ausgenommen Polizei/Schulen) und Zentralisierung des Baumanagements,
- Einsparungen im Bereich der Staatskanzlei (Abschaffung der Ämter für regionale Landesentwicklung, Einsparung Staatssekretärin/Regierungssprecherin/Büro der Landesbeauftragten für Integration und Teilhabe),
- Angleichung an Ist-Zahlen bei Dienstleistungen Außenstehender (Gutachten, Befundscheine etc. nach SER und SGB IX),
- Abschaffung zusätzlicher hauptberuflicher Gleichstellungsbeauftragter bei den Kommunen,
- Abschaffung des Landesbüros für Umwelt- und Naturschutzverbände,
- Aufwandsreduzierung Demografiebeirat und „Bündnis Niedersachsen packt an“,
- Kürzung Genderforschung,
- Erhöhung der Sportförderung zur Verbesserung der Integration in Sportvereinen.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer